

WIRTSCHAFTSBERATER KLAUS FROMME		Justizzentrum Am Wall Bremen -gemeinsame Eingangsstelle-
VORSTANDSVORSITZENDER DES VEREINS: „GRAUE ZONE e.V.“		30. NOV. 2010
MITGLIED IM „VEREIN GEGEN RECHTSWILLKÜR e.V.“ FRANKFURT		M. Anlagen Akten Hefte
MITGLIED IN DER „INTERESSENGEMEINSCHAFT BETRUGSOPFERHILFE“ WUPPERTAL		Hdz.:
VORSTANDSMITGLIED IM „EFCR at.“ EUROPÄISCHE VEREINIGUNG FÜR BÜRGERRECHTE		
ZUSAMMENARBEIT MIT INTERNATIONALEN JUSTIZKONTROLLORGANEN IN PARIS UND BRUXELLES		
D-28277 BREMEN, WECHOLDERSTRASSE 15		Generalstaatsanwaltschaft Bremen
TELEFON: 49 - 0421 - 22 105 21 TELEFAX: 22 105 19		30. NOV. 2010
fromme.gnsgz@kabelmail.de		

Abl:

Stadtamt

Generalstaatsanwaltschaft

Verwaltungsgericht u. Oberverwaltungsgericht

Bremen, den 29. 11.2010 Okt.Z.:

4 Seiten, 1 Anlage UKH

Genehmigung zur Veröffentlichung

Wissentliche, willentliche und vorsätzliche Gesundheitsschädigung durch die Behördenangestellten bzw. -beamten des Landes Bremen, Land ohne Justizaufsicht! Namentlich Amtmann Herr Lehmann, Frau Janssen, Amtsleiter Herr Wilkens. Dazu gehört auch der Vorsitzende Richter, Präsident des bremischen Verwaltungsgerichts, Herr Viggo Eiberle-Herm!

Ein Fall von Justizwillkür nur vergleichbar mit der NS-Regierung

Es geht um meine kostenfreie Beratung von Bürgern der BRD, die vor den Augen einer blinden und gehörlosen Polizei und Justiz wirtschaftlich, physisch und psychisch gestern wie heute, um ihr gesamtes Vermögen gebracht werden!

In diesem Zusammenhang, ist der Staatsanwalt Picard zu nennen, der sich in ein Arbeitsgebiet einmischt, in dem er nicht zuständig ist und damit nach der Aussage eines Oberstaatsanwalts Strafvereitelung im Amt betreibt!

Zum Beispiel den Millionenschaden an einem Unternehmer in Baden Württemberg! Weiter zu benennen ist der bremische Polizeibeamte KK Schnorr. Eine Verhaftung, wie im Dritten Reich, vollzogen, ohne gültigen Haftbefehl

Der KK Schnorr, der vorsätzlich eine falsche Angabe über meinen Gesundheitszustand abgibt, ist der pers. haftende Beamte in vorliegender Sache!

Es muss geklärt werden, ob der KK Schnorr bei der ungesetzlich durchgeführten Verhaftung dabei war und vielleicht die Hauptrolle gespielt hat!

Statt meinen Strafanzeigen und Notrufen Folge zu leisten, werde ich willentlich, wissentlich und vorsätzlich durch zweifelhafte Elemente der BRD abgestraft, indem mir die Fahrerlaubnis ohne wirklichen Grund entzogen wurde, um mich vorsätzlich berufs- und handlungsunfähig zu machen mit dem Wissen aller beteiligten Staatsdiener, dass ich durch eine Hüftgelenkprothese zu 30% schwerbeschädigt bin, was von allen Beteiligten dazu ausgenutzt wird mich auf Umwegen vorsätzlich gesundheitlich zu vernichten! Das bei über 2 Millionen Fahrkilometern, ohne jeden Eintrag in das Verkehrssündenregister!

Ein einmaliger Fall der Verantwortlichen in der Bundesrepublik Deutschland!

Die mit dem Fall befassten Behördenvertreter s.o. werden hiermit aufgefordert, auch gegenüber der Presse den wahren Grund für die Berechtigung des Entzugs meines Führerscheins zu nennen. Gleichzeitig machen sich die Behördenbeamten w.o. der

Schikane schuldig. Sie unterdrücken den Bescheid über eine verkehrsmedizinische Untersuchung 14 Monate lang, indem Sie nachdem Sie den Untersuchungsbericht 14 Monate im Haus haben, wegen eines Formfehlers nicht nur für ungültig erklären, sondern dem Arzt noch unterstellen mich überhaupt nicht untersucht zu haben. Die Behördenmitarbeiter verweigern Ihre Mitwirkungspflicht, indem sie sich geweigert haben, dem Verkehrsmediziner angeblich notwendige Unterlagen zuzusenden. Der Behördenleiter, Herr Wilkens, in dessen Auftrag die vorsätzliche Verzögerung der Benachrichtigung nach 14 Monaten gelaufen ist, erdreistet sich mit einer Warnung weitere Verzögerungen vorzunehmen, wenn die ich auf die weitere Veröffentlichung der Vorgänge bestehe!

Wie erklären die Beamten des Stadtamtes das mir erteilte Fahrverbot, wie rechtfertigen die Beamten dieses Staates das Recht mich körperlich so zu schädigen, dass ich mich heute nur unter großen Schmerzen fortbewegen kann und dass sie meine Mobilität straffrei völlig zerstören können, wie das in einer Untersuchung durch Herrn PD Dr. med. D. Wolrab der UKH nach einer Überweisung von Dr. med. Kania festgestellt wurde. (Dazu das Schreiben der UKE vom 30. 8. 2010, das Strafanträge gegen die Behördenmitarbeiter unterstützen soll.

UK Halle deshalb, weil ich hier von Herrn Professor Dr. Hein eine Mayo-Hüfte bekommen habe, mein Gesundheitszustand im Bereich der Gelenke auch nach der OP über eine längere Zeit geprüft wurde, die Ergebnisse und Befunde gesichert wurden und Aufschluss über das Fortschreiten der kriminellen Gesundheitszerstörung durch die Behördenmitarbeiter geliefert werden kann.

Es müssen untersucht werden, die tatsächlichen Gründe der Versagung der Fahrerlaubnis durch die Mitarbeiter, des Stadtamts Bremen. Der Einsatz der vorsätzlichen, willkürlichen, willentlichen, provozierten und schikanösen Vernichtung meiner Gesundheit, die in Teilen heute schon nicht mehr reparabel ist. Die Beteiligung des Richters Eiberle-Herm und die Hauptverantwortung des Polizisten KK Schnorr der für alle Veranlassungen allein verantwortlich ist! Ohne seinen inkompetenten Bericht keine ärztliche Untersuchung kein Fahrverbot und keine schweren gesundheitliche Folgen. Ohne die vorsätzlich verzögerte Benachrichtigung über die nicht anzuerkennende Untersuchung des Verkehrsmediziners Dr. med. Kania von 14 Monaten wesentlich geringere gesundheitliche Zerstörungen.

Welche Möglichkeit kommt als Grund für das Fahrverbot in Betracht?

1. Möglichkeit, auf Grund des verlogenen Schriftstücks des KK Schnorr.
2. Möglichkeit, auf Grund eines Herzinfarktes, den ich vor der versuchten Festnahme, ohne nennenswerte Beschwerden erlitten habe, wurde im Nachhinein auf Grund einer Routineuntersuchung festgestellt! Wenn vor dem Gesetz alle Menschen gleich sind, müsste dieser Fall für all jene gelten, die einen Herzinfarkt erleiden und damit für Hunderttausende gelten, die alle ebenso zur Untersuchung geschickt werden müssten!
3. Möglichkeit auf Grund meiner Aufregung über die Festnahmen ohne tatsächlichen Grund, die ungerechtfertigte Verurteilung im Rahmen der verbrecherischen Justiz, die kostenlose Hilfe für Bürger in der BRD als Straftat sieht und Forderungen und Bedingungen der Alliierten rücksichtslos eliminiert!

4. Möglichkeit: Es ist ein Willkürakt des Amtmanns Lehmann, der uns deutlich zu verstehen gibt, dass nicht der Präsident Eiberle-Herr ein Fahrverbot auszusprechen hat, sondern dass er, der Amtmann Lehmann allein entscheidet und bestimmt, wem ein Fahrverbot zu erteilen ist!
5. Möglichkeit: Es kann nicht darum gehen, dass ich der Aufforderung zur fachärztlichen Untersuchung nicht nachgekommen bin, oder sollte es heißen mich der Untersuchung auf Befehl widersetzt habe. Der Grund des behördlichen Befehls zu einer Untersuchung muss schlüssig sein und kann und darf nicht aus Willkür bestehen, wie im vorliegenden Fall.

Nach allem, was die Akte des Stadtamts hergibt, wurde die Anordnung nach den Angaben des kriminellen Polizeibeamten Schnorr getroffen, der über meinen Gesundheitszustand überhaupt nicht im Bilde ist, wie sich leicht beweisen lässt. Herr Schnorr scheint an der Verhaftungen beteiligt gewesen zu sein,, die gestapogleich vollzogen wurde, das heißt ohne eine Unterschrift, weder für die Genehmigung, noch für die Durchführung. Handelt es sich möglicherweise um eine Forderung des Staatsanwalts Picard? Der wirkliche Grund des Fahrverbots bleibt bis heute im Dunkeln!

Tatsache ist, dass Justizverantwortliche in Bremen, die ich gebeten habe mir eine Prozessbetreuung für einen psychisch Kranken zu geben, dies mit dem Vorhalt abgelehnt haben, ich könne die Familien auch mit einer Vollmacht vor Gericht vertreten, was sich, wie hier bewiesen, als eine große Lüge der Vormundschaftsrichter in Bremen herausgestellt hat. Die Folge, durch die erzwungene Niederlegung meiner Tätigkeit, die Ehefrau tot und der Ehemann in der Psychiatrie. Der Ehemann wurde vor mir weggesperrt! Es ging in diesem Fall um schweren, durch mich bewiesenen Betrug diverser deutscher Banken (BGH-Verfahrensbeweis in Zusammenarbeit mit einem Hamburger Rechtsanwalt) und den die Gesundheit der Ehefrau vernichtenden Betrug (Tod) durch einen bremischen Rechtsanwalt! Der Fall war mir von einem Richter aus Süddeutschland angetragen worden, mit der Bitte den Menschen zu helfen! Die Fälle, mit denen ich in Süddeutschland befasst war und auch noch bin, betreffen Opfer von Wirtschaftskriminalität in großem Umfang, alle Betroffenen haben 10 und mehr Rechtsanwälte verschlissen, ohne auch nur ein Jota weiter gekommen zu sein, das reicht hin bis zur Tötung durch Justizverantwortliche der BRD GmbH in Bremen.

Nehmen wir Herr Friedrich Bimmler, aus 74613 Öhringen, Hirschgasse 15, in dessen Verfahren sich der Staatsanwalt Picard (Bremen) eingemischt hat: Herr Bimmler wurde durch die Raiffeisenbank Pfedelbach und einen großen Rechenfehler der Justiz wirtschaftlich völlig vernichtet. Hilfe gibt es bis heute nicht!

Um eine Prozessbetreuung zu erreichen, musste ich stets aus Bremen herausgehen, nach Hessen oder Baden-Württemberg. Das ist die Justiz der BRD und besonders des Bundeslandes Bremen, dem ist nichts hinzuzufügen!

Interessanterweise führte auch eine überraschende Hausdurchsuchungen der bremischen Justiz, bei mir zu nichts, man konnte seitens der Staatsanwaltschaft angeblich nichts finden, man hätte dafür ja auch richtig arbeiten müssen! Warum sollte sich die Staatsanwaltschaft bemühen die offensichtlich durch die Hausdurchsuchung erlangte Aktenkenntnis von schweren Verbrechen plötzlich bearbeiten zu wollen?

Ich bin sicher, dass die Akten nur aus dem Verkehr gezogen wurden, um Strafvareitelung zu betreiben.

Das man deshalb mein Leben und meine Gesundheit nicht nur gefährdet, sondern an meinem Ableben interessiert ist, dass kann bewiesen werden. Nicht einmal bei Primaten gibt es ein vergleichbares Verhalten, wie das hier von den Beteiligten an den Tag gelegt wird.

Ich bin stolz, dass ich vielen Bürgern der BRD helfen konnte, Verzweiflung und Suizidgedanken zu zerstreuen, manchen Menschen wieder Lebenslust gegeben zu haben und Mut zu einem neuen Anfang zu finden dies sogar unter dem Beifall von aufrechten Richtern und Staatsanwälten! Es gibt sie wirklich, aufrechte Rechtsanwälte, die gern mit mir zusammengearbeitet haben. Ich danke allen, die mich unterstützt haben und die auch weiter bereit sind mich zu unterstützen. Vielleicht auch in diesem kriminellen Verfahren der BRD-GmbH-Justiz und der Behördenwillkür.

Ich denke, wenn meine unhaltbare Verurteilung durch den Staatsanwalt Picard und die damit verbundenen Verbrechen, sowie auch das kriminelle Verhalten der Beamten des Stadtamts und das Verhalten des Richters Eiberle-Herm aufgedeckt sind, wird eine Strafverfolgung durch die Alliierten möglich sein. Das gilt ebenso für die Staatsanwälte und Richter, die meine Strafanträge vorsätzlich verschleppen! Hier ist die Dienstaufsicht der Generalstaatsanwältin Frau Prof. Dr. Graalman-Scherer aufzurufen, um für eine schnelle Bearbeitung meiner Strafanträge Sorge zu tragen, ehe ich von den Justizgewaltigen der BRD-Justiz völlig unbeweglich gemacht worden bin. Fortbewegen kann mich nur noch unter größten Schmerzen! Hier ist der EGMR anzurufen der Deutschland wegen unverhältnismäßiger Verfahrensdauer bereits verurteilt hat. Der Volkszorn wird nahezu täglich größer, denn der Mensch zählt nichts mehr, er ist nur noch Stimmvieh!

Soeben erhalte ich eine Beleidigungsklage von dem Menschen, dem ich die Zerstörung meiner Gesundheit in erster Linie zu verdanken habe, dem Amtmann Lehmann. Er war es, der sich mit Vehemenz willentlich, willkürlich und vorsätzlich für die Zerstörung meiner Gesundheit eingesetzt hat und mich zum Krüppel gemacht hat, nachdem mir der Richter Eiberle-Herm bereits die Fahrerlaubnis wieder erteilt hatte.

Die Anzeige kommt offenbar aus dem Stadtamt von Herrn Lehmann oder über seine Vorgesetzten mit der Auflage, dass ich über die Handlungsweise der Beamten des Stadtamts Stillschweigen bewahren soll, das erfüllt nach meiner Meinung den Tatbestand der Erpressung!. Das Verhalten, der die Gesundheit eines Menschen vernichtenden Beamten, wurden zur Bearbeitung eingeführt in die Erfassungsstelle für Justizkriminalität und Behördenwillkür, wenn der Rechtsstaat hergestellt ist

Schadenersatz wird hiermit angekündigt und die Wiedererteilung meines Führerscheins ohne weitere Auflagen verlangt.

1. Zur Eindämmung meiner bisherigen gesundheitlichen Schäden
2. Zur Verhinderung weiterer vorsätzlicher Schädigungen!

Generalstaatsanwaltschaft
Bremen
30. NOV. 2010
Akt.Z.:

UKH

Universitätsklinikum
Halle (Saale)

Universitätsklinikum Halle (Saale) | Postfach | 06097 Halle (Saale)

An den Patienten

Stadtamt Bremen
Geschäfts- und Poststelle
Eing.: 30. Nov. 2010
Abt.: 6

Justizzentrum Am Wall Bremen
-gemeinsame Eingangsstelle-
30. NOV. 2010
Anlagen: _____ Akten: _____ Hefte: _____
Hdz.:

Department für Orthopädie
und Unfallchirurgie
Komm. Direktor:
PD Dr. David Wohlrab

Orthopädie und
Physikalische Medizin

Ihre Zeichen

Ihr Schreiben vom

Unsere Zeichen

Datum

WOHLDA / BEYESA 30.08.2010
Fallnr.: 3923624 akt. St.: AO1

Hausanschrift:
Magdeburger Straße 22
06112 Halle (Saale)

ortho@medizin.uni-halle.de
Homepage:
www.medicin.uni-halle.de/korf

Patient: Fromme, Klaus
geb.: 04.05.1941
wohnhaft: Lampeweg 4,
28195 Bremen

Sekretariat des Klinikdirektors:
Telefon 0345 557-4805/06
Telefax 0345 557-4809

Ambulanz:
Telefon 0345 557-4870
Telefax 0345 557-4879

Ärztliches Attest

Hiermit bescheinige ich Herrn Klaus Fromme, geb. 04.05.1941, dass er auf Grund degenerativer Veränderungen des linken Hüft- und Kniegelenkes sowie dem bereits stattgehabten endoprothetischen Gelenkersatz des linken Hüftgelenkes und dem Auftreten von Fersensporen beidseits eine deutlich eingeschränkt Mobilität aufweist.

Station 1:
Telefon 0345 557-4810
Telefax 0345 557-4819

Station 2:
Telefon 0345 557-4820
Telefax 0345 557-4829

In Bezug auf die Prognose der Krankheitsbilder ist mit einer fortschreitenden Einschränkung der Mobilität des Patienten zu rechnen.

Station für minimalinvasive
Chirurgie:
Telefon 0345 557-4830
Telefax 0345 557-4839

Des Weiteren bestehen aus orthopädischer Sicht keine Einschränkungen, die das Führen eines Fahrzeuges im Straßenverkehr verbieten.

Station 4 (Klinikum Kröllwitz):
Telefon 0345 557-5203
Telefax 0345 557-5202

PD Dr. med. D. Wohlrab
Komm. Direktor der
Klinik

Tagestation:
Telefon 0345 557-4840
Telefax 0345 557-4774

